



Und sie bewegt sich doch ...

Seit Jahrzehnten kämpfen wir und unsere Vorgänger um höhere Zahlen für Neueinstellungen. Seit Jahren weisen wir auf die Folgen einer verfehlten Einstellungspolitik hin. Folgen für die Bremer Bürgerinnen und Bürger, Folgen für die hoch belasteten Polizeibeschäftigten, seien sie Tarifbeschäftigte oder im Vollzugsbereich.

Die Polizeien in Bremen und Bremerhaven haben unter großen Anstrengungen eine Reform auf die Beine gestellt, die kein anderer Bereich im öffentlichen Dienst bislang vollzogen hat.

Eine Reform, die bis an die Schmerzgrenze ging. Eine Reform, zu der auch die Politiker erklärten, dass die Stellenzielzahl von 2600 nicht unterschritten werden darf, ohne dass es unabsehbare Folgen für die Polizei hat. Damit haben die Polizeien des Landes Bremen Vorleistungen erbracht, die bislang wenig honoriert wurden.

Umso weniger ist zu verstehen, was sich in den letzten Wochen und Monaten abspielte.

Kurzer Blick in die Vergangenheit

2005 beschloss die Große Koalition (SPD und CDU) ein Sparprogramm für den öffentlichen Dienst. Unter anderem war geplant, für die Jahre 2005 und 2006 lediglich 25 Polizeianwärter einzustellen. Zwar wurden es dank unserer Proteste 38 statt 25 Neueinstellungen. Doch das reichte uns nicht aus.

Daher nutzten wir im Vorfeld der Bürgerschaftswahl 2007 unsere politischen Möglichkeiten, immer wieder auf das Personalproblem hinzuweisen. So gelang es uns, die Koalitionäre von SPD und Bündnis 90/Die Grünen von der Personalnot der Bremer Polizei zu überzeugen. Die neue Koalition beschloss 2007 in ihrem Koalitionsvertrag, für die folgende Legislaturperiode pro Jahr 78 Neueinstellungen vorzunehmen. Der auf Innenminister Willi Lemke folgende Ulrich

Mäurer ließ sich durch die GdP davon überzeugen, dass 78 Neueinstellungen pro Jahr für eine Entlastung der Polizeibeschäftigten nicht ausreichen würden. So folgten 100 Neueinstellungen für das Jahr 2009 und 120 für das Jahr 2010. Gleichzeitig verabredeten die Koalitionäre auch für das Jahr 2011 weitere 120 neue Kolleginnen und Kollegen einzustellen.

Föderalismusreform II fordert Einsparungen auch im Bereich der Polizei

Doch im März dieses Jahres verabschiedete der Senat auf einer Klausurtagung ein Papier zur Umsetzung der Föderalismusreform II. Darin konnte man nachlesen, dass im öffentlichen Dienst 950 Stellen eingespart werden sollten. Gleichzeitig machte die Finanzsenatorin deutlich, auch auf unserem Landesdelegiertentag, dass die Polizei von Einsparungen nicht ausgenommen werden kann.

Das setzte Finanzsenatorin Karoline Linnert schließlich um in ihrer Senatsvorlage für die Ausbildungsplanung des Jahres 2011. Statt der vorgesehenen 120 Neueinstellungen halbierte sie die Zahl auf 60 (49 für die Stadt Bremen und elf für Bremerhaven).

In einer ersten Stellungnahme kritisierte die GdP dieses Vorhaben stark. Innenminister Ulrich Mäurer hatte sich ursprünglich auch für eine Größenordnung von 120 Neueinstellungen eingesetzt. Er konnte sich jedoch nicht durchsetzen und einigte sich mit der Finanzsenatorin auf eine Kompromissformel. In diesem Jahr sollte es eine feste Zusage für 60 Einstellungen geben und in 2011 wollte man sich nach den Bürgerschaftswahlen über eine

weitere Tranche von 60 unterhalten. Ein Passus in einer ersten Vorlage, aus der man eine Wiedereinführung des mittleren Dienstes bei der Polizei herauslesen konnte, wurde allerdings auf Intervention der GdP entfernt.

Bereits Erreichtes muss ein zweites Mal erkämpft werden

Damit ließ es die GdP nicht bewenden. Neben unseren politischen Gesprächen banden wir intensiv die Öffentlichkeit ein. Unsere Position war klar: Das Vorhaben, über eine weitere Rate von 60 Neueinstellungen nach den Bürgerschaftswahlen reden zu wollen, werteten wir als eine reine Absichtserklärung, die weder für die Bewerber noch für die Polizeien des Landes Bremen als verlässlich



Bereits 2006 hängten junge Menschen um ihre Einstellung in die Polizei.

wahrgenommen werden würde. Folge wäre, dass sich gute Bewerber in Richtung anderer Bundesländer orientieren.

Darüber hinaus kam das Vorhaben der Finanzsenatorin und des Senats zu einer Zeit, die mehr als deutlich machte, wie belastet die Kolleginnen und Kollegen sind. Die auf den Tag der Deutschen Einheit und dem Castor-Transport folgende Terrorwarnung unterstreicht unsere Auffassung. Nicht nur, dass die Überstundenzahlen für den Einheitstag und

Fortsetzung auf Seite 2



LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 1

dem Castor die Schallmauer von 300 000 auf 330 000 durchbrechen ließ, die Terrorwarnung fiel in den Beginn der Bremer und Bremerhavener Weihnachtsmärkte, die für sich genommen schon ein Rückfahren von Personal in etlichen Bereichen erforderlich machten, um die Umfeldkriminalität dieser Märkte zu bekämpfen.

Gleichzeitig blieb die Intensität der Alltagsarbeit auf dem gewohnt hohen Niveau, ob in den Kommissariaten, auf der Straße oder in den Querschnittsbereichen.

Das, so stellten wir öffentlich fest, wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Blicke es also bei dem Vorhaben des Senats, käme es mittel- bis langfristig zu weiteren schweren Einschnitten in die Sicherheitsarchitektur des Landes Bremen.

TERMIN

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe 2011, Landesjournal Bremen, ist der 10. Januar 2011.

Artikel bitte mailen an:
Ahlrsbande@t-online.de

Politische Reaktionen durch öffentliche Diskussion

Aufgeschreckt durch die öffentliche Diskussion um die Einstellungszahlen kam Bewegung in die politische Landschaft. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, **Björn Tschöpe**, kritisierte in einem Artikel des Weser-Kurier das Vorhaben des Senats. Der innenpolitische Sprecher der CDU, unser Kollege **Wilhelm Hinners**, beantragte eine aktuelle Stunde in der Bürgerschaft.

Als GdP gingen wir noch einmal in intensive Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, den innenpolitischen Sprechern und dem Innensenator.

Dabei unterstrich die SPD-Fraktion, auch weiterhin an der ursprünglich vereinbarten Einstellungszahl von 120 festhalten zu wollen. Dieses Signal kam schließlich auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. In gemeinsamen Gesprächen vereinbarten sie, den Senat zu einer entsprechenden Änderung der Vorlage zu veranlassen. Über den Fortgang der Entwicklung wurde der Landesvorsitzende laufend informiert. Schließlich unterrichtete der SPD-Fraktionsvor-

sitzende die GdP darüber, dass die Senatsvorlage in unserem Sinne positiv verändert wurde.

GdP begrüßt Entscheidung pro 120

Als GdP begrüßen wir es, dass sich die genannten Parteien im Sinne der Beschäftigten der Polizeien im Lande Bremen für eine Einhaltung der ursprünglichen Zusagen eingesetzt haben.

Dennoch halten wir fest, dass die jetzt beschlossenen Einstellungszahlen leider nur den personellen Status quo aufrecht halten, mit all seinen negativen Begleiterscheinungen. Um eine Entlastung der Polizeibeschäftigten zu erreichen, dürfen wir die Stellenzielzahl von 2600 in Bremen und 487 in Bremerhaven nicht aus den Augen verlieren. Um das zu erreichen, wäre es notwendig, die doppelten Abiturjahrgänge der nächsten Jahre zu nutzen. Unsere Forderung kann da nur lauten, 200 plus jährlich einzustellen, um langfristig die Stellenzielzahl von 3087 für das Land Bremen zu erreichen.

Horst Göbel
Landesvorsitzender

BUNDESKONGRESS

Auftrag erfüllt!

Mit einem klar umrissenen Auftrag begab sich die kleine Bremer Delegation auf den Weg zum Bundeskongress nach Berlin. Unser Landesdelegiertentag 2010 hatte einstimmig mehrere Anträge beschlossen, deren Umsetzung in die Zuständigkeit des Bundes fällt und folgerichtig vom Landesvorstand Bremen als eigene Anträge in Berlin eingebracht wurden.

Heinfried Keithahn hatte gut vorbereitet und schlüssige Begründungen geschrieben. Trotzdem, die Delegierten des Bundeskongresses waren kritisch, so mancher der insgesamt 224 Anträge fiel durch.

Auch zwei Bremer Anträge bedurften einer persönlichen Begündung am Mikro, um der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu widersprechen und die Delegierten zur Annahme des Antrages zu bewegen.

Wie schon in der Überschrift erkennbar: Auftrag erfüllt. Unsere Anträge wurden angenommen, der Bundesvorstand muss sich also mit unseren Forde-

rungen beschäftigen und versuchen, diese umzusetzen.

Das war in kurzer Zusammenfassung der Arbeitsanteil am Bundeskongress. In den drei Kongresstagen gab es natürlich noch einen offiziellen Teil mit Ehrungen, Verabschiedungen und mehreren teils beachtenswerten Reden.

Der Bundeskongress 2010 schrieb schon ein klein wenig Geschichte. Immerhin verabschiedeten die Delegierten nach zehn Jahren unseren Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg und wählten Bernhard Witthaut aus Niedersachsen zum neuen Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



BUNDESKONGRESS



Die Bremer Delegation v. li. n. re.: Klaus Brüns, Dr. Claudia Albrecht-Sautter, Axel Kniefs, Dierk Stahl, Heinfried Keithahn, Heike Rensch, Horst Göbel, Rolf Oehmke, Harry Kuck. Es fehlt auf dem Bild Reiner Wöbken, die Antragsberatungskommission hielt ihn vom Fototermin ab.

Politiker unterstreichen Bedeutung der GdP

Die Bundespolitik nimmt Kenntnis von einem Bundeskongress der GdP. Sprach noch vor vier Jahren die Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Delegierten, gaben sich zur Verabschiedung von Konny Freiberg und Begrüßung von Bernhard Witthaut der amtierende Innenminister Dr. Thomas de Maizière, der Vorsitzende der SPD, Siegmur Gabriel, und der Bundespräsident Christian Wulff die Ehre. Da fragt man sich, ob wir in vier Jahren gar den amerikanischen Präsidenten empfangen.

Doch Spaß beiseite, diese Form von Wertschätzung der Politik für die gute und auch in schweren Zeiten immer noch erfolgreiche Arbeit der GdP tut gut. Sie unterstreicht die Anerkennung der GdP im politischen Räderwerk unserer Demokratie als Verhandlungspartner auf Augenhöhe. Das kann nicht jede Gewerkschaft für sich in Anspruch nehmen.

Als weitere Redner traten auf: Senator für Inneres Berlin, Dr. Eberhart Körting, der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und natürlich der alte und der neue Bundesvorsitzende der GdP. Wir wollen an dieser Stelle nicht die Inhalte der doch längeren Reden wiedergeben, aber einige Zitate sind erwähnenswert:

„Rhetorikarzan“

Konrad Freiberg zu einigen Auftritten des Vorsitzenden der DPolG.

„Der Aufforderung zur beiderseitigen Deeskalation ist eine Absage zu erteilen. Die Polizei geht nicht mit dem Ziel der Gewaltausübung in den Demonstrationsinsatz!“

Dr. Thomas de Maizière zu Forderungen anderer Parteien.

„Wer erhöhten Krankenstand in der Polizei nicht merkt, der muss eine Hornhaut auf der Seele haben!“

Konrad Freiberg zum Thema Personalkürzungen.

„In der Polizei ist kein Platz für parteipolitische Spielchen.“

Siegmur Gabriel

„Die innere Sicherheit ist und bleibt Sache der Polizei. Sie darf niemals Sache der Bundeswehr oder sonstiger Organisationen werden.“

Michael Sommer zum Einstz der Bundeswehr im Inneren.

„Wir sind nicht im Krieg!“

Siegmur Gabriel zum gleichen Thema.

„In Deutschland gilt die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. Und das verdanken wir der Polizei.“

Bundespräsident Wulff

„Es gibt nicht nur eine Parallelgesellschaft im Berliner Stadtteil Kreuzberg, es gibt sie auch im Frankfurter Bankenviertel.“

Michael Sommer zur Finanzkrise.

„Es gibt als Staat, wenn man Geld sucht, andere Quellen als die Lohntüten ihrer Dienerinnen und Diener!“

Michael Sommer zu den Sparmaßnahmen in der Polizei.

Aus der Rede des Berliner Innensentators lohnt sich kein Zitat. Er hat genug mit der Durchsetzung seiner Kennzeichnungspflicht der Berliner Polizei zu tun. Hier bietet sich als Zitat nur die Reaktion der Delegierten an: *„Buuhh!“*

Wolfgang Ahlers
Landesredaktion

LANDESREDAKTION

Redaktionszeiten 2011

Nachstehend geben wir die Termine für den Redaktionsschluss 2011 des Landesjournals Bremen bekannt:

Einsendeschluss für Beiträge

im Monat	ist der:
Februar:	10. Januar 2011
März:	7. Februar 2011
April:	14. März 2011
Mai:	8. April 2011
Juni:	9. Mai 2011
Juli:	6. Juni 2011
August:	11. Juli 2011
September:	8. August 2011
Oktober:	12. September 2011
November:	10. Oktober 2011
Dezember:	7. November 2011
Januar 2012:	5. Dezember 2011

Texte bitte als Worddokument mit automatischem Zeilenumbruch.

Artikel mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



Castoreinsatz November 2010

„Auf das Beste hoffen und auf das Schlimmste vorbereitet sein!“

„Dieser Einsatzgrundsatz sollte vor jedem Großeinsatz berücksichtigt werden. Denn man weiß nie, was einen im Einsatz erwartet.“ Diesen Leitspruch schreibt der stellvertretende Leiter der Bereitschaftspolizei, PD Kai Ditzel, für jeden Großeinsatz auf die Fahnen. Abgesehen von der höchsten Priorität, dass sich kein Beamter verletzt, steht dieser Leitspruch sehr weit oben. Vor jeder Einsatzplanung und Einsatzdurchführung spielen diese Grundsätze eine tragende Rolle. Das sollte sich auch dieses Jahr im Wendland zeigen.

Der Artikel basiert auf den eigenen Erfahrungen der beiden Autoren sowie auf Erfahrungen von eingesetzten Kollegen, mit denen Gespräche im und nach dem Einsatz geführt wurden. Ergänzt wird das Ganze durch ein Interview mit Polizeidirektor Kai Ditzel, das wir zeitnah zum Einsatzende am 18. 11. 2010 führten.

Am Donnerstag, dem 4. 11. 2010, reisten wir, die Bremer Einsatzhundertschaft (Züge 231, 222, 232 BFE und TEE), im Wendland an und bezogen die wieder ins Leben gerufene Kaserne in Bad Bodenteich. Hier erwarteten uns trotz Zusage der niedersächsischen Kollegen Betten mit schlichten Matratzen ohne Decken und Kissen. Die Kollegen



mussten sich grobenteils extra private Schlafsäcke kaufen, um den Einsatz wahrnehmen zu können.

In Bereitschaft warteten wir auf unseren ersten Einsatz. Unter uns befanden sich viele „Castorneulinge“, die keine Vorstellung davon hatten, was sie in den nächsten Tagen erwarten würde. Der Freitag wurde bestimmt durch langes

GdP-Phone jetzt auch in Bremen

Kostenloses Telefonieren mit Kolleginnen und Kollegen, mit den Partnern, Kindern und Angehörigen, dazu noch kostenlos ins Festnetz und keine Grundgebühr; es erscheint einem fast zu unwirklich, um wahr zu sein. Da muss es doch einen Haken geben.

Wir können euch beruhigen, es gibt keinen, es geht alles mit rechten Dingen zu.

Es ist das neue aktuelle Angebot für GdP-Mitglieder in Bremen. Nachdem inzwischen neun Landesbezirke das GdP-Phone eingeführt haben, sind wir in Bremen der zehnte Partner des GdP-Sozialwerks Sachsen.

Die Informationsbriefe sind inzwischen an euch verteilt oder auf dem Weg zu unseren Mitgliedern. Die meisten Fragen dürft in den Unterlagen beantwortet sein. Wer dennoch mehr wissen möchte, kann sich an seinen Fachgruppenvorstand oder direkt an die Hotline beim Sozialwerk Sachsen wenden. Die Mitarbeiterinnen dort beantworten geduldig jede Frage.

Übrigens: Wir haben das günstigste iPhone 4 (16 GB) überhaupt. Informieren und vergleichen lohnt sich.

Landesredaktion

GdP-Phone 2.0 ©

... telefonieren bis der Digitalfunk kommt.
„Vodafone - Es ist Deine Zeit“

Flatrate in das deutsche Festnetz

Mit dieser Flatrate kannst Du nun mit Deinem GdP-Phone 2.0 © nicht nur alle Dienststellen bundesweit völlig kostenfrei erreichen, sondern brauchst auch bei privaten Gesprächen in das deutsche Festnetz nicht mehr auf den Gebührenzähler achten.

Flatrate in das mobile GdP-Netz

Die Gespräche von GdP-Phone 2.0 © zu GdP-Phone 2.0 © sind kostenfrei. Dies gilt natürlich auch für die Gespräche zu den Partnerkarten und den Gesprächen der Partnerkarten untereinander. Das bedeutet, Du telefonierst mit Deinen Kollegen und Deiner Familie kostenfrei.



„Ich telefoniere kostenlos!“

Telefonie in andere Netze

Dein GdP-Phone 2.0 © ist für alle Dienste freigeschaltet und kann sofort wie jedes andere Handy genutzt werden. Eine Rechnung erhältst Du nur über die Gebühren, die außerhalb der Flatrates entstehen. Wenn Du nur innerhalb der Flatrates telefonierst, gibt es keine Rechnung. Das GdP-Phone 2.0 © hat keine Grundgebühr und keinen Mindestumsatz!

Partnerkarten

Gern stellen wir Dir für das GdP-Phone 2.0 © Partnerkarten für Deine Familie zur Verfügung. Diese Partnerkarten haben die gleichen Leistungsmerkmale wie Dein GdP-Phone 2.0 ©. Somit kannst Du auch mit Deiner Familie völlig kostenfrei telefonieren.

Jetzt auch in Bremen



JUNGE GRUPPE

Warten auf einem Parkplatz in Hitzacker. Der angemeldete Lampionumzug, eine der ersten Veranstaltungen im Wendland, verlief ruhig.

Der Samstagmorgen begann mit Straßenkontrollen in Hitzacker. Keine Demonstranten sollten in die Nähe der Gleis-



se gelangen. Ein massives „Schottern“ (Unterhöhlen des Gleisbettes durch Entnahme von Schotter) und lange Sitzblockaden sollten verhindert werden. Im Anschluss an die Straßenkontrollen wurden die meisten Bremer Kräfte für Verkehrskontrollen eingesetzt. Ziel war es, potenzielle Störer (Traktoren) zu stoppen und nicht an die Gleise oder wichtige Zufahrtsstraßen gelangen zu lassen. Hierbei wurden zehn Traktoren kontrolliert, die später eine wichtige Rolle spielen sollten. Aufgrund der Tatsache, dass in vergangenen Einsätzen nur mangelnde Berichterstattung über Blockadeaktionen stattfand, konnte keine dahingehende Gefahrenprognose erstellt werden, die ein Stoppen und Stilllegen der Traktoren gerechtfertigt hätte. Frustriert und mit der Gewissheit sie wiederzusehen, mussten wir die Traktoren weiterfahren lassen.

Sitzblockade statt Mahnwache

Dasselbe passierte beim Anhalten von ca. 300 Personen, die uns auf dem Weg zu einer Mahnwache deutlich aufgebracht entgegentraten. Diese konnten nur unter Androhung von MES-Einsatz zurückgehalten werden. Nach ca. 15 Minuten kam jedoch die Anweisung, die Personen passieren zu lassen. Für uns eine absolut unbegreifliche Situation in diesem Moment. Später erklärte Kai Ditzel, dass diese Entscheidung auf dem Versammlungsrecht beruhe, da die angemeldeten Mahnwachen durch dieses Recht geschützt seien. Mit Beendigung der Ver-

kehrskontrollen ging es für uns gegen 12 Uhr zu einer Sitzblockade auf den Gleisen bei Harlingen, an der bereits ca. 1800 Personen teilnahmen (interessanterweise auch die 300 Personen, die doch zu einer Mahnwache wollten). Das besetzte Gleisstück befand sich mitten im Wald in einer Senke (ca. 6 m hohe steile Wälle rechts und links), und der Castor hatte keine Möglichkeit eine Ausweichstrecke zu nutzen. Der Zug musste dieses Stück passieren, egal wann und wie.

Wir lösten Ab-sperrkräfte aus NRW ab, die zu diesem Zeitpunkt bereits über 37 Stunden Dienst hinter sich hatten. Als wir das hörten, dämmerte uns, was uns bevorstand. Die folgenden sechs Stunden auf dem Gleis waren geprägt von Ungewissheit über den weiteren Verlauf und der dubiosen Klampfenmusik der Demonstranten. Dennoch ergaben sich auch angenehme Gespräche mit den friedlichen Gleisbesetzern.

Währenddessen trafen immer wieder neue bruchstückhafte Informationen über Ausschreitungen und Angriffe auf Polizisten ein. Ein Gefühl von Unsicherheit machte sich bei vielen breit. Die Frage, ob uns dies hier auch widerfahren könnte, war ein stetiger Begleiter.

Mit Einsetzen der Dunkelheit und merklicher Zunahme von unfriedlichen Personen in der Blockade wurde unser Standort aufgegeben und auf den anliegenden Wall verlegt. Der Zulauf an Personen wuchs stetig an. Vielen von uns drängte sich die Frage nach dem Sinn und Zweck unserer Aufgabe auf. Nicht nur die zahlenmäßige Unterlegenheit, sondern auch die Dunkelheit machten Maßnahmen unmöglich.

Nach zehn Stunden immer noch keine Verpflegung

Mittlerweile waren zehn Stunden vor Ort vergangen und immer noch nichts von den Versorgern zu sehen. Aussagen wie: „Ich brauche etwas zu essen oder zu trinken“, „Mir ist schwindlig“, „Es ist so schweinekalt“ oder „Ich kann nicht mehr lange“ häuften sich in den Reihen der Einsatzkräfte vor Ort. Erst kurz nach 22 Uhr trafen diese bei uns ein. Nach der

langen Zeit war die Gulaschsuppe ein wahrer Genuss. Nicht jedoch für die muslimischen Kollegen unter uns. Da die Suppe Schweinefleisch enthielt, mussten diese mit trockenem Brot und Schokoladenresten vorlieb nehmen. Nach der kurzen Stärkung ging das Stehen weiter. Nicht jedoch für die Fahrzeugführer. Diese irrten stundenlang durch die Gegend, um einen Anfahrtsweg zu uns zu finden. Unter anderem zehn (uns wohl-bekannt) Traktoren blockierten die Zufahrtsstraßen.

Toiletten für Kolleginnen – Fehlanzeige!

Doch nicht nur die Versorgung war ein Problem. Vor allem die Kolleginnen hatten sich mit der Problematik der Entsorgung herumzuschlagen. So war die Wahl vorhanden, den Kollegen den blanken Hintern zu zeigen oder so weit in den Wald zu gehen, dass die Gefahr bestand, von Störern überrascht zu werden.

Mittlerweile war es 4.00 Uhr morgens. Wir waren nunmehr 22 Stunden im Dienst. Seit 12.00 Uhr mittags standen wir auf den Beinen ohne Möglichkeit, sich kurz hinzusetzen. Es wurde aus diesem Grund nach der Einsatztauglichkeit der einzelnen Kollegen gefragt. Wer sich nicht mehr in der Lage fühle Dienst zu versehen, der könne zur Kaserne verbracht werden. Hierauf meldete sich jedoch keiner. Das Ansehen vor der Gruppe und das Gefühl, die Kollegen im Stich zu lassen, waren wohl die Hauptursachen dafür.

Eine Dresdner BFE stellte uns im Laufe der Nacht aus Mitleid kurzzeitig ihre Wagen zur Verfügung. So bestand für je-



den Kollegen 15 Minuten lang die Gelegenheit, kurz die Füße zu entlasten. Erst gegen 4.30 Uhr trafen unsere eigenen Bullis ein. Nun konnten wir im Wechsel zwei Stunden schlafen. Währenddessen

Fortsetzung auf Seite 6



JUNGE GRUPPE



Fortsetzung von Seite 5

wurden die Gleise von einer Hundertschaft geräumt. Dies zog sich über vier Stunden hin.

Nach 20 Stunden war die Gleisblockade in Harlingen beendet und es ging für uns total erschöpft, durchgefroren, entkräftet und ausgehungert nach insgesamt 30 Stunden Einsatz in die Kaserne zurück. Alle eingesetzten Fahrer hatten ebenso 30 Stunden ohne Schlaf verbracht. Ob uns nun fahrerisches Können oder viel Glück ohne Unfall in der Kaserne ankommen ließ, ist fragwürdig. Eine kurze Pause von ca. acht Stunden ermöglichte den Beamten, zu neuen Kräften zu kommen.

Keiner wusste, was sich die Atomkraftgegner noch einfallen lassen wür-

den, um den Transport zu stoppen. Am Sonntagabend erreichten die Bremer Kräfte den (Einsatz-)Ort Kacherien, der sich auf der Nordstrecke befindet. Wir sollten hier das Einsickern von Fahrzeugen verhindern, die die Strecke erneut hätten blockieren können. Die langen

Einsatzzeiten ließen trotz Ruhephase die Grenzen zwischen Tag und Nacht verschwimmen. Das Zeitgefühl ging komplett verloren. Erschöpfung machte sich breit. Dennoch verlief die Nacht ohne weitere Zwischenfälle. Nach 92 Stunden rollten die elf Castorbehälter im Zwischenlager Gorleben ein. Endlich!

Höchste Einsatzbelastung aller Zeiten

Rückblickend war die Einsatzbelastung gefühlt noch nie so hoch wie beim Castor 2010. Erfahrenere Kollegen berichteten, dass sie schon viel erlebt und gesehen hätten, dieser Castortransport aber alles „toppen“ würde, was sie bis jetzt an Einsätzen mitgemacht hätten.

Zitate: „Das lange Stehen in der Kälte und dazu die schwere Körperschutzausstattung macht einen echt fertig.“

„So lange Zeit in der Kälte ohne die Fahrzeuge und ohne Versorgung, das gab es noch nicht.“

Die unermessliche Kreativität (manipulierte LKW, Schafsherden und Sambharhythmen) und Ausdauer der Atomgegner ließen alle eingesetzten Polizisten und Polizistinnen an ihre Grenzen stoßen.

Ein weiterer Castoreinsatz unter diesen Bedingungen ist absolut nicht hinnehmbar. Die Junge Gruppe wird sich für kürzere Einsatzzeiten, längere Ruhezeiten, bessere Einsatzausstattung (z. B. eine leichtere Körperschutzausstattung) und eine sichere und angemessene Versorgung und Entsorgung im Einsatzraum einsetzen. Eine gute Zusammenarbeit mit der BePo-Führung wurde uns garantiert und zeigt, dass diese auch an Verbesserungen interessiert ist.

Die menschlichen Grundbedürfnisse müssen trotz aller Widrigkeiten oberste Priorität haben, denn wie auch **Kai Ditzel sagt: „Es kann nicht sein, dass Demonstranten besser versorgt werden als wir.“**

So bleibt abschließend zu sagen, dass der Grundsatz, auf das Beste zu hoffen und auf das Schlimmste vorbereitet zu sein, nicht immer ausreichend ist, wenn im Einsatz etwas noch Schlimmeres eintritt!

Georg Heinrich

KREISGRUPPE BREMERHAVEN

Der Einladung gefolgt ...

Nachdem Innensenator Ulrich Mäurer bereits im August Gast beim Sommerfest der GdP in Bremerhaven war und sogar die Siegerehrung beim Fußballturnier vornahm, folgte er am 24. November einer erneuten Einladung der Kreisgruppe Bremerhaven.

Der Innensenator nahm an einer Sitzung des erweiterten Kreisgruppenvorstands teil, die zum Jahresabschluss in „Fiedlers Aalkate“ stattfand. Bei der Wahl des Sitzungsraumes war der Kreisgruppe ausdrücklich daran gelegen, dem Innensenator ein Stück städtischer Identität Bremerhavens zu vermitteln. Das

ansprechende Ambiente trug dann auch ganz maßgeblich zu einem konstruktiven und lebhaften Austausch bei, in dessen Verlauf der Innensenator sehr ausführlich zu aktuellen Problemen innerhalb der Polizei in Bremen und Bremerhaven Stellung nahm.

Senator Mäurer bedauerte, dass es noch keinen abschließenden Beschluss über die Einstellungszahl von Polizeikommissaranwärtern im kommenden Jahr gäbe. Die Finanzsenatorin habe bisher 60 Stellen zugesichert. Es bestände die Gefahr, dass erst nach der Wahl die endgültigen Beschlüsse getroffen würden. Er sei sich allerdings der Unterstützung durch seine Partei sicher, was ihm die Zuversicht verleihe, dass bereits vor-

her eine bestandssichernde Einstellungszahl beschlossen würde. Eine Entscheidung nach der Wahl würde unserer Absicht, die besten Bewerber/-innen zu sichern, ganz erheblich zuwiderlaufen.

Weitere Themen waren die geplanten Umstrukturierungen bei der Wasserschutzpolizei in Bremerhaven. Vor allem mit Blick auf den Wahlkampf, der – wie Senator Mäurer augenzwinkernd feststellte – selbstverständlich bereits begonnen habe, legte die Kreisgruppe Wert auf die Feststellung, dass Parteien, die die Landespolizei verfolgen würden, nicht mit einer Unterstützung der GdP in Bremerhaven rechnen könnten. Die Kreisgruppe lehne eine Landespolizei für Bremerhaven ab! Senator Mäurer schien in



KREISGRUPPE BREMERHAVEN



Kreisgruppe Bremerhaven trifft sich mit dem Senator für Inneres Ulrich Mäurer.

dieser Frage nicht die Leidenschaft zu entwickeln, den kommunalen Status der Ortspolizeibehörde unbedingt in Frage stellen zu wollen.

Ein wichtiger Punkt war natürlich auch die Gehaltsstruktur des Polizeivollzugs-

dienstes. Der Polizeivollzugsdienst wird im Verhältnis zum Rest des Öffentlichen Dienstes im Land Bremen unterdurchschnittlich besoldet. Wenn wir weiterhin Wert auf gutes Personal bei der Polizei legen, muss sich das durch die Fortsetzung

der Strukturverbesserung ändern. Es waren vor allem die Vorstandsmitglieder des Einsatzdienstes, die ihren Unmut darüber zum Ausdruck brachten, dass Gewalt gegen Polizeibeamte, sei es verbaler oder körperlicher Art, ihrer Wahrnehmung nicht konsequent genug von der Justiz verfolgt und verurteilt werden. Die Kolleginnen und Kollegen stießen damit bei Senator Mäurer auf offene Ohren. Der Innensenator gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Zwischenergebnisse der zu diesem Zeitpunkt gerade veröffentlichten KfN-Studie die öffentliche Diskussion fördern würden, was dann ja auch geschehen ist.

Die Gesprächsrunde war von großer Offenheit geprägt. Senator Mäurer machte deutlich, dass er größten Wert auf den Dialog mit der Gewerkschaft der Polizei legt. Gemeinsam wurde daher beschlossen, die Gespräche in diesem Kreis regelmäßig fortzusetzen.

Wenke Schmidt

FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

Reif für die Insel: Seminare und Urlaub

Die geographische Lage Bremens inmitten des Bundeslandes Niedersachsen ist hinreichend bekannt. Die Eingemeindung wird oft diskutiert und schließlich wohnen auch nicht wenige KollegInnen im Speckgürtel rund um Bremen. Aber noch ist jedes Bundesland eigenständig und so kommt es manchmal zu Versäumnissen, die schließlich zu Nachteilen von KollegInnen führen und offenbar nicht so einfach zu regeln sind.

Worum geht es genau? Die Amtsleitung fördert, unterstützt und wünscht die Beteiligung der KollegInnen u. a. bei politischen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und natürlich auch sportlichen Veranstaltungen. Es werden viele neue Kontakte geknüpft, ein Netzwerk zum Nutzen aller aufgebaut und der ausgebildete Übungsleiter oder ehrenamtliche Betreuer für Jugendgruppen z. B. in einem Sportverein stellt eine positive Bereicherung nicht nur für die Polizei Bremen dar.

Damit die KollegInnen überhaupt an den regelmäßigen Terminen für Training und Lizenzerwerb teilnehmen können, gibt es die Möglichkeit, für derartige Veranstaltungen Bildungsurlaub zu beantragen. Die Bedingungen sind eindeutig in den § 7 Sonderurlaubsverordnung Bund, §§ 22 ff Bremische UrlaubsVO und § 27 Bremisches Bildungsurlaubsgesetz geregelt. Die KollegInnen haben somit einen gesetzlichen Anspruch. Doch wie so oft im Leben kommt es auf das Kleingedruckte an, dort steckt der kleine aber feine Unterschied. Mit dem Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes vom 23. März 2010 und den Ausführungsbestimmungen kommt es jetzt ganz genau darauf an, wer denn der Träger einer derartigen Veranstaltung ist. Es muss eine anerkannte Bildungsveranstaltung sein. Und ein niedersächsischer Sportverein wird eben durch den Landesportbund Niedersachsen gefördert und unterstützt. Damit steht jedem Vereinsmitglied die Nutzung eines Lehrganges etc. zu, und diese Weiterbildung ist dann auch sonderurlaubsfähig nach der niedersächsischen Urlaubsverord-

nung. Für dort teilnehmende Bremer KollegInnen besteht diese Möglichkeit **nicht**, denn für den Beamten aus Bremen gilt die BremUrlVO, und danach muss der Träger eben ein bremischer sein.

Also zunächst einmal genau hinschauen, wer denn Anbieter der Veranstaltung ist, für die man Interesse zeigt. Möglicherweise gibt es auch Vereinbarungen zwischen dem Landesportbund/Träger/Ausrichter usw., dass gerade diese Veranstaltung von beiden und/oder mehreren Ländern anerkannt ist. So erspart man sich unangenehme Überraschungen und Absagen, und die vielfach investierte Freizeit, die etlichen eingebrachten Stunden können etwas gemildert werden. Parallel werden zurzeit weitere Gespräche u. a. durch den GdP-Landesvorsitzenden und im Gesamtpersonalrat geführt, um die besondere Lage inmitten von Niedersachsen zu berücksichtigen und für die o. a. Fälle anzuerkennen. Andernfalls wäre der in Bremen arbeitende Niedersachse sonst tatsächlich bald reif für die Insel.

Holger Witt
Fachgruppenvorsitzender



Termine für die Senioren Bremerhaven

Mit dem Wunsch auf ein gutes neues Jahr bei bleiben-der, guter Gesundheit für alle Senioren wollen wir gleich wieder mit einigen interessanten Themenbereichen durchstarten.

1. Zur ersten Sitzung im neuen Jahr, am Dienstag, dem **11. Januar**, wird ein **Energieexperte** über heizungstechnische, gesetzliche Neuerungen auf den Sektoren, Heizöl, Gas, Festbrennstoffe sowie zulässige Emissionen rund um diesen Themenkomplex referieren und Rede und Antwort stehen.

2. Zur zweiten Sitzung am Dienstag, dem **8. Februar**, referiert der Bremerhavener Kripo-Kollege Olaf Theuring über **vorbeugenden Einbruchsschutz** und wie schützt man sich vor Trickdieben.

Da es sich um äußerst interessante Themenkomplexe handelt, wird eine große Resonanz erwartet. Es ist rechtzeitiges Erscheinen angesagt, die Räumlichkeit im Vereinsheim der Kleingärtner Am Reuterhamm verfügt nur über eine begrenzte Platzkapazität.

Unsere traditionelle **Kohltour** der GdP ist geplant und gebucht für Freitag, den **11. Februar**, Abmarsch 11.45 Uhr vom Loschen Leuchtturm.

Nähere Einzelheiten dazu und Anmeldungen auf den vorherigen Sitzungen oder bei Wolfgang Stanger, Tel. 04 71/ 8 76 54.

Ferner ist geplant, für dieses Jahr eine Teilnahme an einer Sitzung der Bremischen Bürgerschaft, ein Besuch der Schokoladenmanufaktur sowie die Besichtigung einer Bremerhavener Großbäckerei. Für Mitte Juni als Vormerkung wieder die schon zur Tradition gewordene

Dampferfahrt nach Bremen mit Nachprogramm.

Weitere Aktivitäten befinden sich noch in der Rohfassung und werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Ich freue mich jetzt schon darauf, die Senioren in der GdP auf unseren Sitzungen in 2011 begrüßen zu dürfen und hoffe, dass auch Jung-Pensionäre den Weg zu uns finden.

Wolfgang Stanger

Termine Januar 2011

Bremen

Donnerstag, 13. Januar 2011, 15.30 Uhr, Grollander Krug, an diesem Termin wird unser Landesvorsitzender, Kollege Horst Göbel, teilnehmen.

Bremerhaven

Dienstag, 11. Januar 2011, 16.00 Uhr, Vereinsheim der Kleingärtner, Reuterhamm.

Wir bitten um zahlreiche Teilnahme.

Wolfgang Karzenburg

Hinweise für die Senioren in Bremen und Bremerhaven:

Das **GdP-Phone 2** jetzt auch im Landesbezirk Bremen erhältlich!

Kolleginnen und Kollegen, die im Januar in Bremen und Bremerhaven am Treffen der Senioren teilnehmen, erhalten hier ihre persönlichen Bestellunterlagen für das GdP-Phone ausgehändigt. Kolleginnen und Kollegen, die am Treffen im Januar nicht teilnehmen können, werden gebeten, ihre persönlichen Unterlagen in der GdP-Geschäftsstelle in Bremen (ab 17. Januar 2011) und in der GdP-Geschäftsstelle in Bremerhaven (ab 12. Januar 2011), hier nur am Mittwoch, 10.00 bis 15.00 Uhr, abzuholen.

Weitere Informationen zum GdP-Phone 2 im Landesjournal unserer Zeitung.

Wo.Ka.



Seminar-Übersicht 2011



Lfd.-Nr.	Zeit	Thema	Zielgruppe	Ort	Träger/ VA-Nr.	Referentin/ Referent
FACHGRUPPENSEMINARE						
1	06.04.-08.04.2011	Die Gewerkschaft in der Gesellschaft	Frauengruppe	Tossens	180.101	Sigrid Holschen
2	11.04.-13.04.2011	Die Gewerkschaft in der Gesellschaft	Wassersch. u. Verkehr	Tossens	180.102	Dierk Stahl
3	02.05.-04.05.2011	Die Gewerkschaft in der Gesellschaft	Kriminalpolizei	Tossens	180.103	Lüder Fasche
4	11.05.-13.05.2011	Die Gewerkschaft in der Gesellschaft	Junge Gruppe	Ankelohe	180.104	Tim Gelineck
5	18.05.-20.05.2011	Die Gewerkschaft in der Gesellschaft	Schutzpolizei	Tossens	180.105	Holger Witt
6	23.05.-25.05.2011	Die Gewerkschaft in der Gesellschaft	Senioren	Tossens	50.360	Wolfgang Karzenburg
7	12.09.-14.09.2011	Die Gewerkschaft in der Gesellschaft	Zentrale Dienste	Tossens	50.361	Jörg Kempers
8	26.09.-28.09.2011	Die Gewerkschaft in der Gesellschaft	Bepo	Tossens	50.363	Manfred Waldeck
9	28.09.-30.09.2011	Die Gewerkschaft in der Gesellschaft	Stadtamt	B.-Bederkesa	50.362	Axel Lohmann

Seit 2010 wird von jedem Teilnehmer / jeder Teilnehmerin an Fachgruppen- bzw. Personengruppentagungen eine Verpflegungspauschale in Höhe von 15,- € erhoben.

